



Herr Wolfgang Lindweiler auf Vorschlag von DIE LINKE  
Herr Christian Nüsser FDP

## **Verwaltung**

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker  
Herr Beigeordneter Markus Greitemann

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Andreas Pöttgen SPD vertreten durch RM Karl-Heinz Walter

## **Beratende Mitglieder**

Herr Dr. Hermann Hollmann auf Vorschlag der SPD  
Herr Hermann Jutkeit auf Vorschlag der SPD  
Herr Markus Sterzl auf Vorschlag der SPD  
Herr Gero Fürstenberg-Schröder CDU  
Herr Nicolai Lucks auf Vorschlag der CDU  
Herr Thomas Tewes auf Vorschlag der CDU

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Abdullah Aydik Integrationsrat

Herr Dr. Strahl begrüßt in Vertretung für Herrn van Geffen die Anwesenden, insbesondere das neue Mitglied des Ausschusses und eröffnet die 34. Sitzung des Wirtschaftsausschusses.

Herr Dr. Strahl verpflichtet den dem Wirtschaftsausschuss gem. § 58 GO NW mit beratender Stimme angehörigen Sachkundigen Einwohner,

Herrn Christian Nüsser

seine Aufgabe als Sachkundiger Einwohner des Wirtschaftsausschusses der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes NRW und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Herr Dr. Strahl stellt die vorliegende Tagesordnung zu Abstimmung.

Frau Sommer beantragt für die CDU-Fraktion, den TOP 6.1 in die nächste Sitzung zu schieben und die TOPs 6.2. und 6.3 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu geben, damit die Beschlüsse der Bezirksvertretungen berücksichtigt werden können.

Herr Frank stimmt hinsichtlich TOP 6.1 der Zurückstellung zu, möchte den TOP aber auf der TO lassen, damit zu der Vorlage Fragen gestellt werden können und die Verwaltung Gelegenheit erhält, diese bis zur nächsten Sitzung zu beantworten. Das gleiche beantragt er für TOP 6.4.

Die Behandlung der TOPs 4.2 und 4.3 wird, soweit erforderlich, auf den öffentlichen und den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung aufgeteilt.

Über die Behandlung des TOP 8.1 wird im Sitzungsverlauf entschieden.

Herr Dr. Strahl stellt die Tagesordnung mit den vorgetragenen Änderungswünschen zur Abstimmung. Der Ausschuss beschließt die Tagesordnung in der vorliegenden Form.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

TOP 0 Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern/ Sachkundigen Bürgern

#### **1 Präsentation, anschließend Meinungs austausch**

1.1 Vorstellung des zukünftigen Geschäftsführers der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH, Herrn Dr. Manfred Janssen

#### **2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

3.1 Sachstand Umsetzung der Mittelstandsinitiative (AN/1207/2018) 0270/2019

3.2 Aktivitäten im Kontext des anstehenden Brexit (AN/0030/2019) 0246/2019

#### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung**

4.1 Weitere Perspektiven der Kölner Wochenmärkte AN/0085/2019

4.2 Auswirkungen des Zusammenschlusses Kaufhof/Karstadt für den Standort Köln AN/0097/2019

4.3 Aktuelle Situation bei Ford AN/0116/2019

**5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

**6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen**

6.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung  
2630/2018

6.2 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel" -  
Starkes Köln" für den Sozialraum "Porz-Ost, Finkenbergr, Gremberghoven und  
Eil"  
3777/2018

6.3 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel -  
Starkes Köln" für den Sozialraum "Ostheim und Neubrücke"  
3789/2018

6.4 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) - Fortschreibung  
hier: Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städ-  
tebaulich integrierter Lage  
3860/2018

**7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante  
Angelegenheiten**

**8 Marktwesen**

8.1 Durchführung einer crossmedialen Kampagne für die Kölner Wochenmärkte -  
Bedarfsfeststellung, Teilplan 0203 Märkte  
3345/2018

8.1.1 Durchführung einer crossmedialen Kampagne für die Kölner Wochenmärkte –  
Bedarfsfeststellung, Teilplan 0203 Märkte, 3345/2018  
AN/0130/2019

**9 "koeln.de"**

**10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln**

10.1 Jahresbericht 2018 der Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft inkl. Startup  
Unit Cologne  
0311/2019

**11      Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation**

**12      Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung**

**13      Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)**

**14      Mitteilungen**

14.1    Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: "Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung" (AN/0960/2018)  
3619/2018

14.2    Verkehr und Logistik - Beschäftigungsentwicklung in Köln und im Regionalvergleich 2008 bis 2017  
3877/2018

**15      Allgemeine Beschlussvorlagen**

**16      Mündliche Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### TOP 0 Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern/ Sachkundigen Bürgern

#### 1 Präsentation, anschließend Meinungsaustausch

##### 1.1 Vorstellung des zukünftigen Geschäftsführers der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH, Herrn Dr. Manfred Janssen

Herr Dr. Strahl begrüßt den zukünftigen Geschäftsführer der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH, Herrn Dr. Manfred Janssen, und erteilt ihm das Wort.

Frau Reker bittet um das Wort und begrüßt Herrn Beigeordneten Markus Greitemann als den zukünftig für die Wirtschaftsförderungs-GmbH und den Wirtschaftsausschuss zuständigen Dezernenten.

Herr Dr. Janssen begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass er am 01.04.2019 seine Tätigkeit als Geschäftsführer aufnehmen werde. Er berichtet über ein erstes Treffen mit den derzeitigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für Wirtschaftsförderung und der Stabstelle Medien und Internetwirtschaft Anfang Januar. Er skizziert seinen Lebenslauf und berichtet, dass er bereits im Rahmen seiner aktuellen Tätigkeit als Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Rheine einen Ausgründungsprozess mitgestaltet hat. Für die neue GmbH sieht er ein hohes Entwicklungspotential. Mit Blick auf die nicht einstimmige Entscheidung des Rates für die GmbH-Gründung wirbt er dafür, dass sich in der Zukunft trotzdem alle gemeinsam an der Entwicklung beteiligen.

Herr van Geffen übernimmt den Vorsitz der Sitzung und bedankt sich für die Vorstellung.

Herr Joisten fragt Herrn Dr. Janssen, ob er schon Ideen entwickelt hat, wie eine Vernetzung der GmbH mit den anderen Akteuren stattfinden soll und wie eine Positionierung der Stadt in den internationale Märkten erfolgreich gestaltet werden kann.

Herr Dr. Strahl appelliert, Herrn Dr. Janssen erst mal seine Tätigkeit aufnehmen zu lassen.

Herr Lindweiler begrüßt Herrn Dr. Janssen und fragt nach seinen Erfahrungen mit größeren Konzernen im Bereich der Bestandserhaltung und nach dem Stellenwert, den er dem Erhalt sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze beimisst.

Herr Dr. Janssen berichtet, dass die internationale Orientierung in Köln ein wichtiger Aspekt bei seiner Bewerbungsentscheidung gewesen sei. Vernetzung habe auch bei seiner aktuellen Tätigkeit eine hohe Priorität und die werde mit dem Wechsel nicht abgeschwächt. Er werde neben einer Erfassung der bestehenden Strukturen in Köln von Anfang an weitere Vernetzungen anstreben und dabei versuchen, Doppelstrukturen zu vermeiden. Die kommunalen Akteure sollten vor allem dort aktiv werden, wo die Themen noch nicht durch private besetzt sind.

In Rheine sei man gerade mit einer großen Ansiedlung der Schwarz-Gruppe beschäftigt und habe in der Vergangenheit die Insolvenz von Karmann verkraften müssen. Es bestehe also seinerseits sowohl Erfahrung mit der Ansiedlung von großen Konzernen als auch mit dem Verlust bzw. mit den Bemühungen um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Das Annehmen eines notwendigen Strukturwandels sei für ihn ebenso wichtig.

Herr Joisten fragt nach dem konkreten weiteren Vorgehens hinsichtlich der GmbH-Gründung.

Frau Reker berichtet von einer Mitarbeiterversammlung kurz nach dem Ratsbeschluss. Die GmbH solle ihre Tätigkeit am 01.02.2019 aufnehmen. Bis zum Dienstantritt von Herrn Dr. Janssen werde Herr Josipovic als zweiter Geschäftsführer die GmbH leiten.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) teilt mit, dass der Handelsregistereintrag erfolgt sei und der Betriebsübergang zum 01.02.2019 erfolgen solle. Etwa 60% der Mitarbeitenden werden nach seinem derzeitigen Kenntnisstand in die GmbH wechseln. Die nicht Wechselwilligen sollen bis zum 06.03.2019 weiterhin in ihren bisherigen Aufgabengebieten tätig sein.

Herr Frank fragt nach dem zukünftigen Standort der GmbH in der Stadt.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) berichtet von weit fortgeschrittenen Verhandlungen mit einem Immobilienanbieter. Es sei von beiden Seiten ein Letter of Intent unterzeichnet worden, der Abschluss des Mietvertrages sei noch nicht erfolgt. Ein Umzug sei für den Sommer vorgesehen.

## **2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

## **3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

### **3.1 Sachstand Umsetzung der Mittelstandsinitiative (AN/1207/2018) 0270/2019**

Dem Ausschuss liegt die Antwort der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Der Ausschuss stellt die Behandlung auf Wunsch der SPD-Fraktion bis zur nächsten Sitzung zurück.

### **3.2 Aktivitäten im Kontext des anstehenden Brexit (AN/0030/2019) 0246/2019**

Dem Ausschuss liegt die Antwort der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Herr Josipovic (Amt für Wirtschaftsförderung) ergänzt mündlich, laut NRW-Invest habe es im Zeitraum 2016 – 2018 insgesamt 17 Investitionen von Firmen aus dem UK am Standort Köln gegeben.

Der Ausschuss stellt die Behandlung ebenfalls bis zur nächsten Sitzung zurück.

## **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung**

### **4.1 Weitere Perspektiven der Kölner Wochenmärkte AN/0085/2019**

Dem Ausschuss liegt die gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Umdruck vor.

Herr Frank verweist auf die inhaltliche Verbindung zu der Beschlussvorlage unter TOP 8.1. Es bestehe die Erwartung, dass mit der Beantwortung der Anfrage deutlich wird,

welche konzeptionelle Weiterentwicklung von der Verwaltung gedacht sei. Für die heutige Sitzung sei keine Antwort erwartet worden, er bittet jedoch darum, einen realistischen Termin hierfür zu benennen.

Herr Dr. Strahl erinnert daran, dass er in der letzten Sitzung eine Auskunft angemahnt habe, wie sich die letzte Preisanpassung auf den Bestand der Marktbesucher ausgewirkt habe. Er bittet, die Auskunft nach Sparten (Food, Nonfood) aufzuteilen.

**Beschluss: Kenntnis genommen**

#### **4.2 Auswirkungen des Zusammenschlusses Kaufhof/Karstadt für den Standort Köln AN/0097/2019**

Dem Ausschuss liegt die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Tischvorlage vor.

Frau Reker schlägt auf Grund der Aktualität des Themas vor, dass sie vorab mündlich zu den vier Fragen antwortet. Der Ausschuss ist einverstanden.

Zu Frage 1: Ein Wegfall der rund 1600 Arbeitsplätze in der Zentrale des Kaufhof in Köln wäre schmerzhaft. Aus Sicht der Verwaltung sind die Symbolik und der Imagewert der Kaufhof-Zentrale für Köln ebenso hoch einzuschätzen. Eine direkte Bedeutung haben die beiden Kaufhausstandorte in der City, für die keine Informationen zu einer geplanten Schließung vorliegen. Über den Verbleib der beiden Kaufhof-Filialen in Nippes und Weiden habe sich ihr gegenüber bisher niemand geäußert.

Zu Frage 2: Als Standortvorteile sind die internationale Bekanntheit von Köln und ihre hohe Attraktivität, die zentrale Lage in der Innenstadt, das große Arbeitskräftepotential von Köln und die ausgezeichnete Verkehrsanbindung zu nennen.

Zu Frage 3: Der Erhalt beider Konzernzentralen in der bisherigen Form wird für unrealistisch gehalten. Es besteht die Einschätzung, dass die qualifizierten Mitarbeitenden der Konzernzentrale auf Grund des Fachkräftebedarfes vor Ort gute Chancen haben, einen anderen Arbeitgeber in Köln zu finden. Sollten sich Freistellungen abzeichnen, sei in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit eine Unterstützung dieser Personen wichtig.

Zu Frage 4: Es gab intensive Gespräche mit den Verantwortlichen und es wurde alle Unterstützung angeboten, die möglich ist.

Herr Frank stimmt Nachfragen der anderen Fraktionen zu und bedankt sich für die Darstellung. Er fragt, ob die Verwaltung ebenfalls mit einer Entscheidung in dieser Woche rechne.

Herr Joisten bedankt sich für die mündliche Beantwortung. Er fragt, ob es Wünsche oder Forderungen der Geschäftsführung gibt, die der politischen Unterstützung bedürfen und ob in der konkreten Debatte das Thema Diesel-Fahrverbot in der Innenstadt eine Rolle gespielt habe.

Herr Dr. Strahl stellt in Frage, ob die öffentliche Diskussion dieser Fragen zielführend ist. Er befürchtet, dass damit auch Schaden angerichtet werden könne.

Herr Petri bittet darum, dass Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Frau Reker teilt mit, dass derzeit bestimmte Fragestellungen intern diskutiert werden, sie darüber aber noch nicht berichten könne. Das Thema Diesel-Fahrverbot sei in den Gesprächen nicht angesprochen worden.

Herr van Geffen bedankt sich, das Thema werde in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

**Beschluss: Kenntnis genommen mit erneuter Wiedervorlage**

**4.3 Aktuelle Situation bei Ford  
AN/0116/2019**

Dem Ausschuss liegt die Anfrage der SPD-Fraktion als Tischvorlage vor.

Herr van Geffen stellt fest, dass die Situation bei dieser Anfrage der unter TOP 4.2 entspreche und fragt die Oberbürgermeisterin, ob sie hier ebenfalls mündlich berichten könne.

Frau Reker berichtet, dass sie auch mit der Firma Ford in Gesprächen sei. Sie nehme ein großes Engagement der Geschäftsleitung vor Ort war, Lösungen im Sinne der Beschäftigten zu finden.

Herr Joisten bietet die Unterstützung seiner Fraktion in dieser Angelegenheit an.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis und bittet um die Beantwortung zur nächsten Sitzung.

**5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

**6 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen**

**6.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung  
2630/2018**

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage der Verwaltung mit zusätzlichen Anlagen erneut vor.

Die CDU-Fraktion meldet erneuten Beratungsbedarf an.

Herr Frank bittet um die kurzfristige Beantwortung der Frage, wie die Zonierung in Bezug auf die Gebührentarife real umgesetzt wird. Nach welchen Kriterien wird der vorhandene Korridor bei der Gebührenfestsetzung genutzt? Außerdem möchte er wissen, inwieweit die geplante Gebührenerhöhung auch die nichtkommerzielle Nutzung zutrifft, für die die Satzung ja bereits jetzt Sonderregelungen vorsieht.

Herr Petri erinnert an die von ihm in der letzten Sitzung gestellte Frage hinsichtlich der geforderten Gehwegbreite.

Herr Schmaul (Amt für öffentliche Ordnung) berichtet, dass es sechs Tarifzonen für die Außengastronomie gebe, die je nach Stadtbezirk und Lage nach pflichtgemäßem Ermessen angewendet werden. Die erste Zone umfasst die Premiumlagen wie z.B. in der Innenstadt den Heumarkt und den Alter Markt. Die Stadtbezirke 2 bis 9 sind in die Zonen 3 bis 6 aufgeteilt.

§ 9 Absatz 5 der Satzung sieht die Möglichkeit vor, dass für nichtkommerzielle oder mildtätige Nutzungen auf Antrag die Gebühr ganz oder teilweise erlassen wird. Beurteilt wird damit die geplante Nutzung, nicht die Rechtsform des Antragstellers. Allerdings muss der Stadt dies auch mitgeteilt werden. Dies gilt jedoch nur für die Sondernutzungsgebühr, nicht für die anfallende Verwaltungsgebühr.

Frau Müller (Bauverwaltungsamt) weist darauf hin, dass bereits jetzt für die Gehwegbreite 1,50 Meter zzgl. eines Sicherheitsabstandes von 0,50 Meter gilt. Mit der vorgelegten Änderung der Satzung soll an diesen Grundlagen nichts verändert werden.

Herr Joisten fragt nach, wie denn die Gebührenspannen bei den anderen Tatbeständen wie z.B. Kiosken ausgenutzt werden sollen. Dazu habe er keine Erläuterungen gefunden.

Herr Dr. Strahl fragt nach der Rechtfertigung einer geplanten Erhöhung einzelner Positionen von fast 40%.

Frau Klein fragt, ob von der Gesamtsumme der Gebührenerträge der Anteil von inhabergeführten Einzelgeschäften ausgewiesen werden kann.

Frau Müller (Bauverwaltungsamt) erläutert, dass sich der geplante Ertrag aus den Ergebnissen der Vorjahre zuzüglich der 10%igen Erhöhung ergibt. Eine detaillierte Aufteilung ist nicht möglich, da alle Erträge ungeachtet des Einzahlenden auf den Kostenträger Sondernutzung gebucht werden.

Frau Müller betont, dass sich an den geltenden Grundlagen mit der 6. Änderung nichts ändern wird. Alle Gebührentatbestände sind bereits in der Satzung enthalten. Es wird jetzt nur eine Preisanpassung von 10 % vorgeschlagen, weil sich die Verbraucherpreise seit 2012 in diesem Rahmen entwickelt haben. Die Verwaltung sei verpflichtet, dieser Marktentwicklung mit einer Anpassung der Gebühren Rechnung zu tragen. Der Eindruck, die Verwaltung schlage in einzelnen Positionen eine Gebührenerhöhung von fast 40% vor, sei unzutreffend. Vielmehr sei dieser untere Gebührensatz erst im Rahmen der 5. Änderungssatzung eingeführt worden, als die Verwaltung dem Rat vorgeschlagen habe, auch die Warteschlangen vor Lokalen und Verkaufsständen als Sondernutzung zu betrachten. Der Rat habe die Einführung dieser Sondernutzungsgebühr (Schlangensteuer) abgelehnt. Es sei jedoch vergessen worden, den vorsorglich in die Satzung aufgenommen Gebührensatz wieder aus dem Beschluss zu entfernen. Mit der nunmehr vorgeschlagenen 6. Änderungssatzung werde der quasi „tote“ Gebührensatz aus der Satzung lediglich entfernt.

Herr Schmaul (Amt für öffentliche Ordnung) teilt mit, dass es bei den Kiosken nur um die handelt, die auf öffentlichem Straßenland stehen. Da es sich nur noch um ca. 30 handelt, wird hier keine Zonierung vorgenommen. Bei den Festen wie z.B. den Weihnachtsmärkten findet stadtteilbezogen eine Unterscheidung statt.

Herr Joisten bittet darum, dem Ausschuss die Kriterien zu benennen, die dabei zur Anwendung kommen.

Herr van Geffen verweist auf den angemeldeten Beratungsbedarf und bittet die Verwaltung, die Fragen so zeitnah zu beantworten, dass in der nächsten Sitzung ein Beschluss gefasst werden kann.

## **Beschluss: zurückgestellt**

### **6.2 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel" - Starkes Köln" für den Sozialraum "Porz-Ost, Finkenberghoven und Eil" 3777/2018**

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage der Verwaltung als Sammelumdruck vor.

Herr Frank weist in Bezug auf den zu Beginn der Sitzung angemeldeten Beratungsbedarf daraufhin, dass seine Fraktion beschlussfähig sei. Zu dem Vorschlag der Be-

zirksvertretung Porz bittet er um die Stellungnahme der Verwaltung, ob dieser in den Förderrahmen passt. Er betont die Dringlichkeit der Ratsentscheidung.

Frau Mütter (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) teilt mit, dass die Maßnahme Sportanlage Humboldtstraße bereits Bestandteil des vorbereiteten Förderantrags sei, die Bezirksvertretung Porz habe nur weitergehende konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung des Sportplatzes gemacht. Diese werden gemeinsam mit dem Sportamt und den Vereinen vor Ort nochmals diskutiert.

Herr Dr. Strahl begründet den angemeldeten Beratungsbedarf mit einer fehlenden Stellungnahme der Bezirksvertretung Kalk.

Herr Joisten weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Kalk nur beim nächsten Tagesordnungspunkt in der Beratungsfolge steht.

Herr Greitemann bittet eindringlich darum, über die Vorlage abzustimmen, damit die avisierte Ratssitzung erreicht werden kann und nach Beschlussfassung die Verwaltung fristgerecht die Einzelanträge stellen kann.

Herr van Geffen stellt die Vorlage zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberghoven und Eil“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberghoven und Eil“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2022 in Höhe von ca. 4,8 Mio. € sind im Hpl. 2019 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von ca. 100.000 € wird in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen berücksichtigt.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
  - A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberghoven und Eil“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
  - B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Porz-Ost, Finkenberghoven und Eil“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Porz vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.

- C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Porz-Ost, Finckenberg, Gremberghoven und Eil“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung zustimmen.

### **Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

### **6.3 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Ostheim und Neubrück" 3789/2018**

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage der Verwaltung als Sammelumdruck vor. Herr van Geffen stellt die Vorlage zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kostenübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2022 in Höhe von circa 4 Mio. € sind im Hpl. 2019 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand in den Haushaltsjahren nach 2022 in Höhe von circa 3,1 Mio. € wird in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen berücksichtigt.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
  - A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“,
  - B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren,
  - C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen.

## **Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

### **6.4 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) - Fortschreibung hier: Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städtebaulich integrierter Lage 3860/2018**

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage der Verwaltung als Umdruck vor.

Herr Frank befürchtet, dass dieser Beschluss einen Deal mit den großen Filialisten darstellt, der den inhabergeführten Einzelhandel zurückdrängt. Es erschließe sich ihm nicht, warum für den zu begrüßenden Wohnungsbau auf großen Supermärkten das Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) aufgedröseln werden müsse.

Herr Joisten fragt, wie viele Standorte von der geplanten Ausnahmeregelung vom EHZK betroffen sein werden und welches Potential an zusätzlichem Wohnraum sich daraus ergeben kann.

Herr Dr. Strahl fragt nach dem logischen Zusammenhang zwischen der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum und einer Vergrößerung der Verkaufsfläche.

Herr Petri hält es für eine Frage der Wirtschaftlichkeit, wenn für den Wohnungsbau das vorhandene eingeschossige Gebäude niedergelegt werden müsse und deshalb für nachvollziehbar. Er bittet um eine Erläuterung, wie die Berechnungsmethode in der Anlage 2 erdacht worden ist und um eine Darstellung der sich daraus ergebenden Effekte. Er fragt außerdem, was geschieht, wenn im gleichen Bereich ein zweites Unternehmen von dieser Ausnahmeregelung profitieren möchte?

Frau Klein fasst die Fragen zusammen: Wie viele solcher Erweiterungen werden aktuell geprüft? Wie viele haben Aussicht auf eine solche Erweiterung? Wie viele Märkte wären genehmigungstechnisch und bautechnisch überbaubar. Was passiert, wenn der Ausschuss die Vorlage in die nächste Sitzung schiebt?

Frau Pakulat fragt, ob die Fortschreibung des EHZK weiterhin im Sommer erwartet werden kann. Sie bittet um eine praktische Erläuterung der vorgelegten Ausnahmeregelung am Beispiel Rhöndorfer Straße.

Herr Greitemann (Beigeordneter für Stadtentwicklung, Planen und Bauen) hält es nicht für schädlich, wenn die Vorlage geschoben würde.

Frau Klocke (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) sagt eine kurzfristige Beantwortung der Fragen zu. Mit der Ausnahmeregelung soll eine verbesserte Ausnutzung der geringen Flächen mit zusätzlichem Wohnungsbau angeregt werden. Es gibt bereits mehrere Unternehmen, die eine solche Verknüpfung von Einzelhandel und Wohnen anbieten sowie Umsetzungsbeispiele aus anderen Städten. Die neue Regelung soll einen Anreiz in Köln bieten. Die zentralen Versorgungsbereiche sollen dabei aber weiterhin geschützt und gestärkt werden.

Herr Greitemann (Beigeordneter für Stadtentwicklung, Planen und Bauen) sagt eine Vorlage des weiterentwickelten EHZK für die zweite Jahreshälfte zu. Die Beschleunigung für die Ausnahmeregelung trägt den Nachfragen und Interessensbekundungen auf mehreren Veranstaltungen Rechnung. Es sollen damit konkrete Maßnahmen befördert werden.

Herr Frank bittet, die Notwendigkeit einer Ausnahmeregelung zum EHZK zu erläutern.

Frau Klocke (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) beschreibt den Grund für die Änderung mit der bisherigen Einschränkung des EHZK auf 799 qm Verkaufsfläche in dem 700m-Radius.

Herr Dr. Strahl befürchtet, das mit dieser Ausnahmeregelung eine Sortimentserweiterung ermöglicht wird.

## **Beschluss: zurückgestellt**

### **7 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten**

Frau Reker bittet um das Wort und zitiert aus einem gerade online veröffentlichten Beitrag im Manager Magazin zur Thematik Karstadt/Kaufhof.

Herr van Geffen bedankt sich für die Information und zeigt sich erleichtert, dass zumindest ein Teil der Arbeitsplätze in Köln erhalten bleibt.

### **8 Marktwesen**

#### **8.1 Durchführung einer crossmedialen Kampagne für die Kölner Wochenmärkte - Bedarfsfeststellung, Teilplan 0203 Märkte 3345/2018**

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage der Verwaltung erneut vor. Der Wunsch der Verwaltung, die Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, wird nochmals thematisiert. Nach Klärung des Sachverhaltes verbleibt die Vorlage auf der Tagesordnung und wird behandelt.

Herr Frank unterstützt grundsätzlich die Werbemaßnahmen, möchte jedoch rechtzeitig vor dem Ende der zur Beschlussfassung vorliegenden Maßnahme nach der Sommerpause einen Statusbericht und Vorschläge zur Optimierung.

Herr van Geffen stellt zuerst den Änderungsantrag unter 8.1.1 zur Abstimmung und dann den TOP 8.1. in der geänderten Fassung.

#### **Beschluss:**

Der Wirtschaftsausschuss stellt den Bedarf für die Durchführung einer crossmedialen Kampagne für die Kölner Wochenmärkte mit der Mediavermarktung Rheinland GmbH über eine Laufzeit von 12 Monaten fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Die Kosten für die Maßnahme belaufen sich auf 142.575 € netto.

Zu Beginn des IV. Quartals 2019 ist dem Ausschuss ein Umsetzungsbericht über die Marketingmaßnahmen sowie ein Beschlussvorschlag für die crossmedialen Marketingaktivitäten in 2020 vorzulegen. Darin sollen auch weitergehende Marketingmaßnahmen dargestellt werden, die der verstärkten Förderung der lokalen Märkte dienen und die Veränderungen – insbesondere des Konsumverhaltens – berücksichtigen.

#### **Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

#### **8.1.1 Durchführung einer crossmedialen Kampagne für die Kölner Wochenmärkte – Bedarfsfeststellung, Teilplan 0203 Märkte, 3345/2018 AN/0130/2019**

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

„Zu Beginn des IV. Quartals 2019 ist dem Ausschuss ein Umsetzungsbericht über die Marketingmaßnahmen sowie ein Beschlussvorschlag für die crossmedialen Marketingaktivitäten in 2020 vorzulegen. Darin sollen auch weitergehende Marketingmaßnahmen dargestellt werden, die der verstärkten Förderung der lokalen Märkte dienen und die Veränderungen – insbesondere des Konsumverhaltens – berücksichtigen.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

**9 "koeln.de"**

**10 Medien- und Internetwirtschaft in Köln**

**10.1 Jahresbericht 2018 der Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft inkl. Startup Unit Cologne  
0311/2019**

Dem Ausschuss liegt der Jahresbericht der Stabsstelle Medien und Internetwirtschaft als Tischvorlage vor.

Herr Frank bittet darum, die umfangreiche Mitteilung in die nächste Sitzung zu schieben, damit der Ausschuss Gelegenheit hat, sich damit auseinander zu setzen.

Frau Klein bedankt sich für die umfangreiche Mitteilung. Sie hofft, dass der Bereich Start ups und digitale Dienste auch in der zukünftigen GmbH weiterhin einen hohen Stellenwert einnimmt.

**Beschluss: zurückgestellt**

**11 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation**

**12 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung**

**13 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)**

**14 Mitteilungen**

**14.1 Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: "Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung" (AN/0960/2018)  
3619/2018**

Dem Ausschuss liegt die Antwort der Verwaltung als Umdruck vor.

Herr Frank fragt, wann konkret mit der Lösung der planungsrechtlichen Fragen gerechnet werden kann.

Herr Thele (Kulturamt) berichtet, dass in zwei Wochen die Erstellung des Clubkatalogs fortgesetzt wird. Mit den beteiligten Akteuren und Ämtern soll ein Rahmen für die bereits von der IHK erhobenen Daten festgelegt werden, um diesen dann zu füllen. Anfang April ist ein interkommunales Arbeitstreffen geplant mit der Darstellung und

Analyse von Beispielen aus anderen Kommunen sowie der Prüfung der Übertragbarkeit dieser Beispiele auf die Stadt Köln.

**Beschluss: Kenntnis genommen**

**14.2 Verkehr und Logistik - Beschäftigungsentwicklung in Köln und im Regionalvergleich 2008 bis 2017  
3877/2018**

Dem Ausschuss liegt die Antwort der Verwaltung als Umdruck vor.

**Beschluss: Kenntnis genommen**

**15 Allgemeine Beschlussvorlagen**

**16 Mündliche Anfragen**

Herr Joisten bittet darum, zukünftig alle offenen Anfragen und Arbeitsaufträge an die Verwaltung unter einem eigenen, ständigen Tagesordnungspunkt aufzuführen.

Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, künftig so zu verfahren.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 19.00 Uhr

Gez. van Geffen

Ausschussvorsitzender

gez. Doberitz

Schriftführerin

Ende des nicht-öffentlichen Teils der Sitzung: 19.00 Uhr

Gez. van Geffen

Ausschussvorsitzender

gez. Doberitz

Schriftführerin